

Gift für die Wirtschaft

Die dümmsten Fehler sind bekanntlich die, welche man zweimal macht. SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück reist zwar gerne nach Frankreich, um sich mit Präsident François Hollande auszutauschen, aber die SPD muss deshalb nicht gleich dessen Irrtümer übernehmen. Martialisch hatte Sozialist Hollande angekündigt, der Wirtschaft Beine zu machen, etwa mit einer Besteuerung, die Unternehmer als Enteignung bezeichnen. Umgesetzt hat er davon wenig. Erreicht hat er nur, dass ihm die Unternehmer davonlaufen.

Gestern hat die SPD ein Programm zur Bundestagswahl verabschiedet. Sie fordert eine Vermögenssteuer, so der Originalton, „die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt, ihre Eigenkapitalbildung sichert sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet“. Wenn das keine Rosstäuscherei ist! Die Unternehmer wüssten gerne, wie die SPD dieses Versprechen jemals einlösen will.

Die Auswirkungen einer Vermögenssteuer à la SPD haben Wirtschaftswissenschaftler in Berlin untersucht. Die Berechnungen legen den Schluss nahe, dass 90 Prozent der neuen Belastung zu Lasten der Unternehmen gehen könnten. Eine Vermögenssteuer, die nennenswerte Erträge bringt, wird unsere wirtschaftliche Grundlage schädigen.

Viele aus der SPD-Führung haben signalisiert, sie wollten die Betriebe mit ihren Arbeitsplätzen schützen. Deutschland ist besser durch die Krisen gekommen als andere Länder, weil seine industrielle Basis bisher intakt geblieben ist - und sogar noch wächst. Dazu gehören 12 000 bis 15 000 global aufgestellte Familienunternehmen, darunter

mehr als 1 200 Weltmarktführer. Deren internationale Wettbewerbsposition beruht ganz maßgeblich auf dem von den Eigentümerfamilien über Jahre angesparten Eigenkapital. Es schützt die Firmen vor Übernahmen, macht sie unabhängig von Banken und immun gegen Finanzkrisen. Die Beschäftigten wissen darüber Bescheid, vielleicht besser als die Autoren des SPD-Programms.

Die Grünen, von der SPD als Koalitionspartner favorisiert, haben das Visier bei der von ihnen geforderten Vermögensabgabe aufgeklappt: Bei fünf Millionen Euro soll mit der Verschonung von mittelständischen Betrieben Schluss sein. Ein Jahresgewinn von einer halben Million Euro würde genügen, um diese Grenze zu überschreiten, wenn man das vereinfachte Ertragswertverfahren zugrunde legt. Dabei wird der durchschnittliche Jahresgewinn (mit einem Abschlag von 30 Prozent für die Steuer) mit dem Faktor 15,29 multipliziert. So gerieten schon kleine Firmen mit 20 oder 30 Arbeitsplätzen in den Würgegriff krisenverschärfender Substanzsteuern. Die großen, um die uns die ganze Welt beneidet, erst recht.

Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigen, dass die SPD-Steuerpläne dazu führen, dass Deutschland im Vergleich der Besteuerung von einem schlechten 21. Platz auf den vorletzten abrutschen würde. Nur Frankreich schneidet noch schlechter ab. Die SPD nennt bisher keine Zahlen, wie sie die versprochene Verschonung der Familienbetriebe organisieren will. Besser wäre es, sie würde ihre Vermögenssteuer-Pläne streichen.

**Brun-Hagen
Hennerkes**
fordert die SPD
dazu auf, ihre
Pläne zur Vermö-
gensteuer wie-
der zu streichen.



Der Autor ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com